

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 21 03 64

## Inhalt

Gernot Erler MdB analysiert die Lage in der Sowjetunion und der Ukraine nach der Wahl: Hineingeboren in ernste Konflikte.

Seite 1

Dr. R. Werner Schuster MdB warnt vor falschen Vorstellungen: Die Bundesrepublik - eine "Insel der Seligen"?

Seite 3

Dieter Schanz MdB fordert ein abgestimmtes europäisches Politikkonzept für Südostasien.

Seite 5

Monica Lochner-Fischer MdL erläutert das Votum für sozialverträgliche Lösungen beim Truppenabbau.

Seite 6

46. Jahrgang / 231

4. Dezember 1991

### Hineingeboren in ernste Konflikte Der Nationalstaat Ukraine nach der Wahl

Von Gernot Erler MdB

Die Ukraine hat gewählt. Die Prognosen erfüllten sich: anders als im März wollen die 52 Millionen der auch ökonomisch zweitstärksten Sowjetrepublik heute nichts mehr mit Gorbatschows "Union Souveräner Staaten" zu tun haben. Stattdessen entschieden sie sich für die Einzelstaatlichkeit, die völlige Abnabelung von Moskau.

Wie konnte dieser schnelle Umschwung kommen? Die Erklärung führt zu verschiedenen Quellen. Das Hauptelement liegt in der ukrainischen Innenpolitik. Die "Narodnyj Ruch", die ukrainische nationalistische Volksfrontbewegung, wollte von Anfang an den Nationalstaat wieder aufleben lassen. Ihr trat lange Zeit die ukrainische KP entgegen, die aber wegen ihrer offensichtlichen Unfähigkeit, die Wirtschaftsprobleme des Landes in den Griff zu kriegen, ständig an Boden verlor. Der August-Putsch machte den KP-Matadoren klar, daß sie nur noch durch komplette Übernahme des Ruch-Programms ihre Privilegien retten konnten. Am behendesten wendete sich Ideologie-Sekretär Leonid Krawtschuk, der jetzt gewählte Präsident, der über Nacht aus der KP austrat und zum glühenden Anhänger des ukrainischen Alleingangs wurde.

Aber auch Jelzins Kapriolen hatten ihren Einfluß. In Kiew beäugte man argwöhnisch seine immer erfolgreichereren Versuche, eine russische Dominanz über die restlichen Unionsstrukturen zu gewinnen. Schlimmer noch, er drohte, mit seiner Übermacht nationalrussische Interessen mit allen Mitteln auch gegen die Ukraine durchzusetzen. Am Ufer des Dnepr schwand die Hoffnung, innerhalb der neuen Union souveräner Staaten tatsächlich eine Chance gegen Jelzins riesige Russen-Föderation zu haben. Und schließlich kamen Signale aus dem Ausland, besonders aus den Vereinigten Staaten, daß eine ukrainische Verselbständigung mit Wohlwollen akzeptiert würde.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Veranstalter: Deutsche  
Wirtschaftliche Rundschau  
Kreuzzeitung-Papier



Die Wahlen des 1. Dezembertages machen Gorbatschows Unionsbemühungen zu einer Art Trockenübung, auch wenn er seinen Optimismus noch nicht gänzlich aufgegeben hat. Die entscheidende Frage lautet, ob die Ukraine weiter zum Wirtschaftsvertrag der zehn Republiken steht, den sie nachträglich und zögerlich unterschrieben hat. Große Risiken stecken in der Frage der Preisbildung im Handel zwischen den Republiken. Noch verkauft die Ukraine ihre Agrarprodukte zu Preisen weit über dem Weltmarkt an die RSFSR, die ihrerseits Erdöl und Erdgas liefert, ohne das die ukrainische Industrie stillstehen würde - zum Freundschaftspreis unter Weltmarktniveau. Ankündigungen Jelzins, diese terms of trade ändern zu wollen, konnten die Kiewer mit Hinweis auf die Pipelines, die durch ihr Land laufen, und stellten schon mal Milliardenforderungen für "Pacht" und Unterhalt in den Raum. Ein solcher Wirtschaftskrieg würde nicht nur die notleidende Ökonomie beider Republiken schwächen, er könnte auch Rußlands wichtigstes Exportgut in den Westen infragestellen. Betroffen wäre besonders die Bundesrepublik.

Andere Konflikte könnten sehr rasch hinzukommen. Stalins Willkür schlug die Halbinsel Krim 1954 der Ukraine zu - ein Dorn im Auge nationaldenkender Russen. Rumänien hat seine Ansprüche auf die Gebiete Nordbukowina, Süd-Bessarabien, Herta und Hotin bereits angemeldet. In Bukarest rechnet man sich Chancen auf eine Verhandlungsbereitschaft in Kiew aus, die man beim Erhalt der Union nicht hätte erwarten können.

Vor diesem Hintergrund wird der neue Präsident darauf bedacht sein, die Machtpotentiale der Ukraine zu erhalten und zu mehren. Neu aufgebaut werden sollen nationale Streitkräfte im Umfang von 420.000 bis 430.000 Mann (zum Vergleich: die Bundesrepublik mit 78 Millionen Einwohnern wird 1994 noch 370.000 Mann bewaffnet halten), ergänzt durch 50.000 Mann dem Innenministerium unterstellte "Nationalegarde". Schon empört sich der sowjetische Verteidigungsminister Schaposchnikow über den Kiewer Anspruch, alle Waffen und Geräte auf eigenem Boden einfach zu "ukrainisieren", ein Anspruch, der in Asserbaidshan, Georgien, der Moldau und neuerdings in Tschetschja (der neuen nordkaukasischen Republik des Generals Dudajew) schon Nachahmer findet. Einen Vorschlag, wie man diesen Konflikt regeln könnte, gibt es bisher nicht.

Das größte Interesse hat der Westen an einer zentralen Kontrolle und Verfügung über die sowjetischen Atomwaffen. In der Ukraine stehen allein 176 strategische Interkontinentalraketen, von denen Gorbatschow im START-Vertrag 140 zum Abbau freigegeben hat. Noch vor kurzem schienen die nichtrussischen Atom-Republiken Ukraine, Weißrußland und Kasachstan bereit zu sein, alle Atomwaffen zugunsten einer zentralen Kontrolle herzugeben. Das hat sich inzwischen geändert. Krawtschuk sprüht jetzt von "gemeinsamer Kontrolle" bis zu einem Zustand der Atomwaffenfreiheit in ferner Zukunft. Mit anderen Worten: Er reklamiert unklare Mitbestimmung und will künftig als Vertreter einer Atommacht angesprochen werden. Alles andere ist westliches Wunschdenken.

Der Westen ist auch daran interessiert, daß Kiew die Internationalen Verträge verbindlich anerkennt, die Moskau in Sachen Abrüstung und Rüstungskontrolle abgeschlossen hat. Diese Bereitschaft wird im Grundsatz bekundet, zuletzt brachten ukrainische Politiker aber eine eigene Rückfrage auf: Wie steht es mit den "großen Verträgen" mit der Bundesrepublik und der darin zugesagten Kooperation und Hilfe, zum Beispiel dem Wohnungsbauprogramm für rückkehrende Sowjetsoldaten? Welchen Anteil erhält die Ukraine? Offenbar sieht man ein Junktim zwischen Vertragstreue einerseits und einem entsprechend der Landesgröße bemessenen Anteil an den internationalen Hilfszusagen an Moskau. Hierzu fehlt natürlich die Zustimmung der Moskauer Führung; wodurch der Westen auch bei diesen Themen in Schwierigkeiten kommt.

Der Alltag wird uns schnell einholen nach dem Wahlergebnis in Kiew. Die Situation wird nicht nur komplizierter für die Zukunft der sowjetischen Nachfolgerepubliken. Die Entscheidung für einen unabhängigen ukrainischen Nationalstaat berührt zentrale Nervenstränge westlicher und deutscher Interessen. Sie müssen ab sofort in aller Deutlichkeit vertreten werden, nachdem dies jetzt nicht mehr als unzulässiger Eingriff in den Wahlkampf angesehen werden kann.

(-/4. Dezember 1991/st/ks)

\*\*\*\*\*

**Die Bundesrepublik Deutschland - eine "Insel der Seligen"?**  
**Das Asyl-Thema einmal nicht aus der Frosch-Perspektive**

Von Dr. R. Werner Schuster MdB

Derzeit findet in diesem, unserem Lande in unserer Gesellschaft, in den Kommunalparlamenten, in den Landtagen, im Bundestag, in den Familien, am Arbeitsplatz und an den Stammtischen eine Gespenster-Diskussion statt. Eine Änderung des Grundgesetz-Artikels 16 (politisch Verfolgte genießen Asyl) soll uns erlösen aus aller Not und Pein, welche uns von Asylanten droht.

Dabei gehen wichtige Fakten unter: 1990 haben circa 200.000 Personen einen Asylantrag gestellt. Zweidrittel kommen aus Ländern, wo die persönliche Verfolgung unübersahbar droht, aus Jugoslawien, der Türkei (türkische Kurden), aus Rumänien (Roma) und so weiter.

Andererseits sitzen zwei oder vielleicht auch drei Millionen Menschen in den sowjetischen Republiken auf gepackten Koffern und hoffen auf bevorzugte Eingliederung bei uns, weil vor vielen Generationen ihre Urhnen einmal aus Deutschland stammten.

**Der Marsch auf Europa ist unaufhaltsam**

Weltweit sind nach Angaben der UN-Flüchtlingskommission (UNHCR) mehr als 15 Millionen Menschen auf der Flucht, auf der Flucht vor Verfolgung, vor Krieg aber auch und vor allem wegen Hunger und Armut. Diese Armutswanderung wird in den nächsten Jahren (nicht Jahrzehnten!) vor allem in Schwarz-Afrika, aber auch in Süd-Amerika und in Südostasien die 100 Millionen-Grenze erreichen. Der Marsch auf Europa ist unaufhaltsam. Wollen wir im gerade entstehenden vereinigten Europa dies durch eine Mauer, einen eisernen Vorhang, vielleicht gar durch Selbstschußanlagen verhindern?

Das Wohlstandsgefälle zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden, dem reichen Westen und dem bankrotten Osten wird die zentrale Herausforderung im nächsten Jahrzehnt. Daneben werden alle bisherigen sozialen Verteilungskämpfe, welche wir in der Bundesrepublik erlebt haben, verblasen.

Wir haben zwei Handlungsalternativen: entweder "weiter so" und wir werden selbst in den Strudel riesiger Völkerwanderungen geraten, mit ungewissem Ausgang auch für uns im reichen Norden. Oder aber wir überlegen uns eine sozialverträgliche, menschengerechte Konfliktlösungsstrategie. Dazu sind allerdings Änderungen zu allererst in unserem Bewußtsein und in unserem Verhalten hier erforderlich.

Ohne Ausländer in Deutschland würden unsere Krankenhäuser nicht mehr funktionieren, da sie nicht geputzt würden und aus Mangel an Pflegekräften noch viele Stationen zu schließen wären. Die Produktion von deutschen Autos würde drastisch sinken, da die Schwerarbeit überwiegend von Ausländern geleistet wird, die Müllabfuhr würde zusammenbrechen und unsere sozialen Sicherungssysteme (Krankenkassen und Rentenversicherung) würden kollabieren, da Ausländer systematisch mehr einzahlen als sie davon profitieren. Kurz: Der beispielhafte Wohlstand, um den wir von aller Welt beneidet werden, würde uns ohne Ausländer schlagartig abhanden kommen. Schließlich gäbe es ohne Ausländer nicht die gastronomische Vielfalt, die wir so sehr schätzen gelernt haben.

#### **Haß und Gewalt zerstören die Demokratie**

Haß und Gewalt gegen Ausländerinnen und Ausländer zerstören auch unsere eigene freiheitliche, offene Demokratie und führen zu einer Verrohung des Denkens und des Fühlens, auch in unseren eigenen Reihen. Überall dort, wo wir Ausländern als Menschen begegnen, am Arbeitsplatz, im Sport oder auch in deutsch-ausländischen Freundeskreisen, erfahren wir die persönliche Bereicherung einer multikulturellen Gesellschaft! Frage: Warum haben wir eigentlich nicht in allen Städten und Gemeinden solche deutsch-ausländischen Freundeskreise wie er in meiner Heimatstadt Kstein vorbildlich existiert, aktiv unterstützt wird von Bürgermeister und Magistrat, Parlament und politischen Parteien?

Natürlich kann die Bundesrepublik nicht der Hort für alle Elenden dieser Erde werden; aber zu glauben, wir könnten eine "Insel der Seligen" in Mittel von orkanartigen Verwerfungen bleiben, wäre Illusion.

Wir werden die Völkerwanderung von Ost nach West und von Süden nach Norden mit friedlichen Mitteln nur regeln können, wenn wir gleichzeitig Anreize dafür schaffen, daß die Flüchtlinge dort eine Perspektive finden, wo sie aufgewachsen sind. Wir werden Prämien fürs "Dort bleiben" zahlen müssen. Die allermeisten, welche auf dem Wege zu uns sind, erwarten ja nicht unseren Wohlstand, sie wollen nur für sich und ihre Familie eine persönliche Perspektive, Freiheit, Arbeit, Selbstentfaltung und einen Mindeststandard an Lebensqualität. Dieser ist in den Ländern des Ostens und des Südens viel preiswerter als bei uns zu haben. Mit 100 Mark, dort richtig investiert, kann man viel bewegen. Eine Milliarde Menschen lebt von weniger als 1 Dollar pro Tag, 3 Dollar pro Tag wären für sie schon wahnsinnig viel Geld und doch insgesamt gerade soviel wie weltweit für Militär und Rüstung ausgegeben (1 Billion Dollar).

Wir werden bei uns Tellen mehrheitsfähig machen müssen. Wir werden nicht 0,4 Prozent unseres Bruttosozialproduktes, wie derzeit und auch nicht 0,7 Prozent, wie in den Vereinten Nationen vereinbart, sondern wir werden wohl jeden Zehnten abgeben müssen. Das klingt utopisch und doch sind 90 Prozent unseres derzeitigen Bruttosozialproduktes noch wesentlich mehr als wir 1970 zur Verfügung hatten. Man kann es in einem Land, welches stolz auf seine christlich-abendländische Kultur ist, so formulieren, wie es ein Idsteiner CDU-Politiker getan hat: Wie können wir zu einem Vater beten und den größten Teil seiner Kinder vergessen? Anders gesagt: Es gibt nicht die Erste und die Dritte Welt - es gibt nur Eine Welt - auch für unsere Enkelkinder.

(-/4. Dezember 1991/st/ks)

\*\*\*\*\*

**Politikkonzept für Kambodscha**  
**Das Volk will die Roten Khmer nicht**

**Von Dieter Schanz MdB**

**Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages**

Das Volk Kambodschas wehrt sich, weil es das Morden leid ist. Die Verzweiflung und die schreckliche Erinnerung an die Morde der Zeit der Herrschaft PolPot's ließen die Kambodschaner tätlich gegen den aus dem Exil zurückgekehrten Khmer Rouge-Führer Khieu Samphan vorgehen. Dies ist - betrachtet man die Geschichte des kambodschanischen Volkes - nur all zu gut nachvollziehbar, wenn auch ein Vorgehen, das hart an der Grenze zur Lynchjustiz lag, generell nicht zu billigen ist. Aber versetzt man sich in die Menschen und kennt man deren Schicksal, so signalisiert diese Tat - wenn auch nicht augenscheinlich - den großen Wunsch nach Frieden und Demokratie, der sich natürlich nur schwerlich mit der Person Samphan und der damit wach werdenden Erinnerung an die mordende Schreckensherrschaft der Roten Khmer in Einklang bringen läßt. Eine Beteiligung der Rouge Khmer am Nationalrat hat seinerzeit bei den Verhandlungen in Paris (u.m.) von Hun Sen und den kambodschanischen Regierungsvertretern bereits große Kompromißbereitschaft und politische Weitsicht abverlangt; das kambodschanische Volk wird diesem Beispiel folgen.

Der Befürchtung auf Rache der Khmer Rouge und das Wieder-Entfachen des Bürgerkriegs stehen erfreulicherweise die jüngsten Argenturmeldungen entgegen, wonach die Führung der Khmer Rouge sich auch weiterhin auf die Vereinbarungen des Friedensvertrages zwischen den Bürgerkriegsparteien verpflichtet fühlt. Das bedeutet somit, daß der Friedensprozeß in Kambodscha auch weiterhin auf dem Weg nach vorn ist; der Zwischentfall signalisiert den Khmer Rouge gleichzeitig, wo ihre Stellung beim Volk ist und weist somit eventuelle Ambitionen nach Wiedererrichtung der PolPot-Herrschaft in die ihr gebührenden Schranken.

Die Folgerungen aus den jüngsten Ereignissen in Kambodscha für die deutsche Politik sind folgende: Es bedarf nunmehr (noch dringender als bereits x-mal eingefordert) einer massiven Unterstützung des Friedensprozesses durch eine konstruktive Politik. Dies erfordert die Formulierung eines Politikkonzeptes für Kambodscha (und die gesamte Region); hier meine ich konkret die Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Verhandlungen über entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Dies sollte einerseits von der Bundesregierung bilateral eingeleitet werden, allerdings auch auf EG-Ebene nicht nur Frankreich überlassen werden. Die Idee einer Zusammenarbeit zwischen EG und ASEAN und die Einbindung Kambodschas sowie Laos, Vietnam und Birmas in diesen Prozeß sollte baldmöglichst zu konkreter Politik ausgestaltet werden.

(-/4. Dezember 1991/st/ks)

\*\*\*\*\*

**SPD-Erfolg für die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr**  
**Einmündiges Ausschuß-Votum für Antrag auf sozialverträgliche Lösungen beim**  
**Truppenabbau**

Von Monica Lochner-Flecher MdL

Die bisherigen Zivilbeschäftigten der Bundeswehr in Bayern können wieder Hoffnung schöpfen. Ihre jahrzehntelange Arbeit für die Allgemeinheit wird ihnen nicht durch Arbeitslosigkeit belohnt, wenn im Zuge des vorgesehenen Truppenabbaus Tausende von Stellen - nach vorsichtiger Schätzung etwa 3.000 - gestrichen werden. Einstimmig verabschiedete in dieser Woche der zuständige Landtags-Ausschuß für den öffentlichen Dienst einen Antrag, der eine "sozialverträgliche Lösung beim Abbau von zivilen Arbeitsplätzen der Bundeswehr durch Übernahme in Landes- und Kommunalverwaltungen" vorsieht.

Kernpunkt des Beschlusses stellt die "Anerkennung der internen Ausbildung und der Abschlüsse der Bundeswehr" dar, so daß "Zivilbeschäftigte ohne erneute Einstellungsuntersuchung, Probezeit, et cetera in Landesverwaltungen" übernommen werden können. Bisher mußte sich zum Beispiel ein Bundeswehr-Elektriker mit 20jähriger Dienstpraxis in die Reihen der Anfänger einordnen. Wer seine Augen durch jahrzehntelangen Dienst an der Gesellschaft geschädigt hatte, konnte an der Einstellungsuntersuchung scheitern. Darüber hinaus werden künftig Zivilbeschäftigte bereits bei der internen Stellenausschreibung berücksichtigt.

Der einstimmige Beschluß des Fachausschusses hat folgenden Wortlaut:

"Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die bisherigen Zivilbeschäftigten des Bundes bereits bei der internen Ausschreibung von Stellenbesetzungen bei Landesverwaltungen zu berücksichtigen und bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt gegenüber Externen einzustellen. Die bisherigen Beschäftigungs- und Dienstzeiten sind anzuerkennen;
2. die internen Ausbildungen und Abschlüsse der Bundeswehr anzuerkennen und bisherige Zivilbeschäftigte ohne erneute Einstellungsuntersuchung, Probezeit et cetera in Landesverwaltungen zu übernehmen;
3. in ständiger Zusammenarbeit mit der im Juni 1991 gegründeten "Koordinierungsgruppe 'Zivilpersonal' bei der Wehrbereichsverwaltung VI unter Einbeziehung der Personalräte und der Gewerkschaften Maßnahmen zu erarbeiten, die einen sozialverträglichen Abbau von zivilen Dienststellen bei der Bundeswehr garantieren;
4. bei den Kommunalverwaltungen auf ein Verfahren gemäß Punkt 1 und 2 (wie vorstehend) hinzuwirken."

Es ist nun zu hoffen, daß dieses einstimmige Votum des Fachausschusses auch in der Vollversammlung des Landtags Bestand hat. Der Truppenabbau darf nicht auf dem Rücken der Zivilbeschäftigten erfolgen. Die Staatsregierung steht in der Verantwortung, sozialverträgliche Lösungen anzubieten.

(-/4. Dezember 1991/st/ks)

\*\*\*\*\*